95A6

Antrag

an das 96. Landesschüler*innenparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Magnus Erdmann, Jannes Hagemeier, Emma Söncksen (LSS, Stellv. LSS, SV-BBZ Rendsburg-Eckernförde)

Titel: **Anwesenheit erzwingen ist autoritär – Schulpflicht durch Bildungspflicht ersetzen**

Antragstext

Das Landesschüler*innenparlament stellt fest, dass die bestehende Schulpflicht primär physische Anwesenheit sanktioniert, ohne tatsächliches Lernen sicherzustellen.

Internationale Bildungsforschung zeigt, dass Lernerfolg maßgeblich von Motivation, Autonomie und individueller Passung abhängt. Dennoch zwingt das aktuelle System Schüler*innen zur Präsenz in Strukturen, die nachweislich nicht für alle funktionieren, kriminalisiert Abwesenheit, aber ignoriert Bildungsversagen innerhalb des Klassenzimmers.

Daher fordert das Landesschüler*innenparlament die Abschaffung der reinen Schulpflicht und ihre Ersetzung durch eine Bildungspflicht, die alternative Lernorte, digitale Formate, projektbasiertes Lernen und selbstorganisierte Bildungswege anerkennt.

Ein Staat, der Anwesenheit erzwingt, statt Bildung zu ermöglichen, verwechselt Kontrolle mit Pädagogik. Bildungspflicht bedeutet Verantwortung, nicht Beliebigkeit – und ist damit demokratischer, wirksamer und zeitgemäßer.

Begründung

Die Schulpflicht zwingt zur Anwesenheit – nicht zum Lernen. Das ist der Kern des Problems. Wer acht Stunden im Klassenraum sitzt, gilt als „gebildet“, auch wenn nichts verstanden wird. Wer andere Wege findet zu lernen, wird kriminalisiert.

Internationale Bildungsforschung zeigt klar: Autonomie, Motivation und Passung sind entscheidend für Lernerfolg. Trotzdem halten wir an einem System fest, das Kontrolle über Bildung stellt.

Bildungspflicht heißt nicht Beliebigkeit. Sie heißt Verantwortung, Vielfalt und Vertrauen. Ein Staat, der Lernen erzwingen will, aber Motivation ignoriert, hat Bildung mit Gehorsam verwechselt.